

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03.

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

EUROPÄISCHE KOMMISSION
Generaldirektion Wettbewerb

Rue de la Loi 200

B-1049 Brüssel

BELGIEN

Eichwalde, den 25. Juni 2016

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom 30.10.2015 (PE571.538v01-00, übersandt vom
Ihr Zeichen Europ. Parlament mit E-Mail vom 7.2.2016,
ferner E-Mail vom 6. Mai 2016, 19. Mai 2016 und 17. Juni 2016
Mein Schreiben vom 26.02.2016 an das Europ. Parlament und vom
13.01.2016, 28.02.2016, 09.05.2016 und 15.06.2016 an die GD
Wettbewerb der Europ. Kommission, ferner E-Mail vom 5. Mai 2018

P e t i t i o n N r. 1 0 0 2 / 2 0 0 4,

EU-Beihilfeverfahren SA.35378 (2012 / N) und

EU-Beihilfeverfahren SA.36263 (2013. /CP)

für den Flughafen Berlin-Brandenburg (BER);

N a c h t r a g zu aktuellen Umständen der

Projekt-Finanzierung im Widerspruch zu geltendem
Landes- und EU-Recht in Fortsetzung bisheriger unverant-
wortlicher Verfahrensweise

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotzdem das BER-Schallschutzprogramm nun auch gemäß Einschätzung
der Flughafengesellschaft infolge Anerkennung des OVG-Lüfterurtei-
les vor dem Neubeginn steht (A n l. XIV-1), beim Terminal-Tun-
nelbahnhofs-Brandschutz noch keine anerkannte Lösung existiert
(A n l. XIV-2), ein Eröffnungstermin erst nach den Berliner Wah-
len benannt werden soll (A n l. XIV-3) und eine Entscheidung
der EU-Kommission zu den vorgen. Beihilfeverfahren noch aussteht,
soll die Flughafengesellschaft entgegen Landes- und EU-Recht be-
reits mit neuen Finanzmitteln über die bereits zweckentfremdet ver-
brauchte 1,2-Mrd.-€-Beihilfe hinaus versehen werden!

- 1969-2014 45 Jahre Autor im Volkswirtschaftswissenschaften
in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Fachschule für Schweißmaschinenbau und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik, Technologie,
Humboldt-Universität zu Berlin, Sect. Elektronik
- 1973-75 Diplomingenieur und Promovierter als Leiter
mit Untersuchungen zur Systemfunktionsfähigkeit
von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von
mathematischen, Simulations- und algorithmischen
Programmen
- 1972,1974 Pflichtprüfer und Humboldt-Preisträger
der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik
und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer
Grundstoffungen im DEUTSCHEN RECHTSLEBEN (DR)E
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des
Landessozialwissenschaftlichen Colloquiums
- 1953-75 Selbständiger Konstrukteur
1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende
Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitplaner
- im 1960 Veröffentlichung "Zur Theorie der Stoffeigenschaften"
mit der Berechnung möglicher Fertigungsgeschwindigkeiten
Hohlbezeichnungen für Typen, Sorten und Chargen
für Duroplast-Formstoffteile, PLASTIK UND KUNSTSTOFFE
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der
Volkswirtschaft gegen den Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus am
Austausch Plastverarbeitung
(Verhinderung der Einführung des sozioökonomischen
Gut-Toleranz- und Passungssystems zugunsten
der Einführung des internationalen
ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems)
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe
zur Studie zur Schmelztemperatur von Metall durch Plast
in der Volkswirtschaft I.A. des ASW Berlin
Thema: Ermittlung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan,
Kosten-Nutzen-Analyse
mit dem Co-Autoren
Dr. Wilfried Schaeff, Zentrallaboratorium für
Plastverarbeitung Leipzig und
Dipl.-Phys. Dieter von Strauß, TU Dresden
- 1969-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz
(worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung
von Fertigungskostenminderung durch größere
Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- im 1970 Ermittlung der Parameter des Kunststoffverarbeitungsprozesses
von Duroplastformteilen aus Absatz-Rückfahrgüter-
Verteilungen, Eröffnungswartung der Section
Plastverarbeitungstechnik einer der internationalen
Fachtagungen PLASTPRAXIS der Kammer der Technik, Dresden
- im 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Planungsplans
der Sozialisten im Rahmen des Franzosenverfahrens,
Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der
Volkswirtschaft gegen den Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus
(Verhinderung der Einführung der sozioökonomischen
Zweckmäßigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und
Regelungstechnik)
- 1980 Dissertationserfassung in FERNSTUDIEN
29(1982) H.A. S.182
- Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft
von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
mit ökonomischen Schluß über NEUES FORM in
Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer
(Spekulationssteuer) und eines neuen
Bretton-Woods-Abkommens (Genève Wirtschaftsforum)
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages
zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen
nach vor der ERO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoeinkommensteuersystems
(ESt) als volkswirtschaftliche Konzepte für den
Beitritt zur ERO-Zone an die Bundesregierung und
an die Landesregierungen Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zur kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Bewältigung der Welt-Finanz- und Wirtschafts-
Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses
Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge,
Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen
und -Erläuterungen im Rahmen der EICHWALDE ER
FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative
NOTWEHR Anlieger BER.

in enger Zusammenarbeit mit der
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
(vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de>
siehe www.eichwalde.com und www.bwb-er.de)

All dies stört offensichtlich keinen der Verantwortungsträger, trotzdem jeder Tag mit einer neuen Million € zu Buche schlägt (Anl. XIV-4) !

- Nicht nur das Land Berlin ist zu einem solchen Vorstoß gegen Landes- und EU-Recht bereit (Anl. XIV-5), eine 53-Mill.-€-Tranche anzuweisen, sondern auch das Land Brandenburg hat am kommenden Donnerstag im Finanzausschuß die Absicht, eine 410-Mill.-€-Tranche zur Auszahlung vorzuschlagen, "weil die EU beantragte weitere Kredite von 2,2 Mrd.€ noch nicht genehmigt habe."

Aus dem Finanzministerium hieß es dazu:

"Falls die EU die neuen Kredite wider Erwarten nicht rechtzeitig notifiziert, müssen wir die Handlungsfähigkeit der Flughafengesellschaft sicherstellen" (vgl. <http://www.morgenpost.de/...>).

- Dies alles erfolgt augenscheinlich sogar in vollem Bewußtsein der verantwortlichen Politiker, daß damit gegen Landes- und EU-Recht verstoßen wird, daß damit einer Entscheidung der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes vorgegriffen wird und die Europäischen Institutionen damit brüskiert und in ihrem Ansehen geschädigt werden können.

- Dabei erscheint es gerade unmittelbar nach dem BREXIT und seinen ersten wirtschaftlichen wie währungspolitischen Folgen als umso erforderlicher, daß die europäischen Regierungen ihre Unterstützung von EU-Gremien und deren Beschlüssen öffentlich betonen, nicht aber diese unterlaufen und somit Rechtsunsicherheit und Politikerverdrossenheit noch zusätzlich Vorschub leisten.

- Im Zusammenhang mit dieser Problematik erschien am 23.Juni 2016 im Internet ein Kommentar mit BER-Bezug folgenden Inhaltes:

"Politiker sorgen für Politikverdruß ... Wir leben im Zeitalter der behaupteten Transparenz und der praktizierten Intransparenz, der geforderten Partizipation und der habituellen Exklusion ... Auf komplexe Probleme mit unterkomplexen Phrasen zu antworten, hat sich parteiübergreifend durchgesetzt. Die Floskelroutine regiert ... Die eskalierte Nonchalance, mit der die Hauptstadt regiert wird und wie sie sich im Flughafenprojekt unüberbietbar manifestiert, ist Symptom einer allgemeinen Entkoppelung von Amt und Verantwortung ... Die Schere wird sich weiter öffnen zwischen Volk und Volksvertretung, welcher opak bleibt und geschlossen im Milchglasblick auf Wirklichkeit gefangen." (vgl. hierzu die Internet-Quelle <http://cicero.de/berliner-republik/fluechtlingskrise-brexite-ber-floskeln-loesen-keine-probleme>).

- In Bezug auf das BER-Projekt wird diese Aussage noch weiter bestätigt durch den Internet-Beitrag vom 24.Juni 2016 (vgl. <http://www.freitag.de/...>), in welchem angeführt wird: "Der ehemals als leitender Architekt für das BER-Terminal tätige Hans-Joachim Paap verweigerte im Juni 2012 seine Unterschrift wegen der Brandschutz-Problematik. Gemäß Paap war der FBB schon 2008 bewußt, daß sich der allererste Eröffnungstermin Oktober 2011 nicht halten lassen würde. Publik wurde das erst 2010."

All diese Verfahrensweisen verhinderten nicht, daß sowohl Prof. Schwarz als auch Herr Mehdorn durch Entschädigungszahlungen bzw. Erfolgsprämien fürstlich belohnt wurden von der Flughafengesellschaft - für welche "Erfolge" eigentlich ?

- Bürgernahe Politik ist nun nach dem BREXIT mehr denn je in aller Munde - da ist aber beim BER-Projekt hier noch viel zu tun, denn außer einer gemeindlichen Anerkennung unserer Bemühungen hat sich in Bund und Ländern leider noch immer nichts bewegt, was die neue Entwicklung wider geltendes Recht eindrucksvoll unterstreicht.
- Wie hoffen deshalb, daß den Anträgen der Kanzlei BAUMANN RECHTSANWÄLTE Partnerschaftsges. mbB gefolgt wird und möglichst bald eine Privatisierung des BER-Projektes mit dem Ziel der Umnutzung gemäß vorliegenden Vorschlägen und nach einem dementsprechenden ökonomischen Gutachten erfolgt, auch unter Verwirklichung der Ministerpräsident Dr. Woidke übermittelten kurzfristigen Aktivitäten, primär also kurzfristig die Aufspaltung der FBB GmbH in eine SXF-TXL-Betriebsgesellschaft und eine BER-Projektgesellschaft, so daß bei aller konstatierten Mißwirtschaft wenigstens das bisherige Berliner Flughafensystem (SXF + TXL) im Berliner Raum existent bleibt.
- Da eine BER-Flughafenzertifizierung als Betriebsvoraussetzung für die BER-Südbahn wegen vielfältiger Verletzungen von EU-Recht in Form von ICAO-Vorschriften wie des EuGH-Urteiles zu Umweltverträglichkeitsprüfverfahren als nicht erreichbar erscheint und die Wirtschaftlichkeit des BER selbst bei möglichem BER-Südbahn-Betrieb von Herrn Prof. Thießen gem. Anträgen der Kanzlei BAUMANN Rechtsanwälte nicht gegeben ist, darf man mit Recht das BER-Projekt mit einem "Steuergeld-Verschwendungs-Automaten" vergleichen!
- Es wäre deshalb angesichts der durch den BREXIT erwartbaren negativen Folgen für den EU-Fördermittel-Erhalt Brandenburgs zu begrüßen, wenn die für die Zertifizierung von Flughäfen zuständige EU-Administration eine BER-Flughafenzertifizierung vorab für nicht erreichbar erklären würde, damit der weiteren sinnlosen Verschwendung von Steuermitteln Einhalt geboten werden kann und die BER-Umnutzung befördert wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

Anlagenverzeichnis siehe Folgeseite